

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Herta Däubler-Gmelin  
MdB zur Einstellung der Er-  
mittlungen gegen Angehörige  
des Volksgerichtshofes:  
Nazi-Hypothek der Justiz  
wird zum Mühlstein.

Seite 1

Horst Jungmann MdB zu  
den Ergebnissen der Beratung  
der Nuklearen Planungsgruppe  
der Nato in Gleneagel: Endlich  
Konsequenzen aus der eigenen  
Strategie ziehen.

Seite 3

Professor Dr. Nils Diederich  
MdB zur Symbiose von  
rechter Politik und Wirtschaft  
in Berlin: Unterwanderung  
durch eine ehrwerte  
Gesellschaft.

Seite 4

Friedolin Scheuble zum  
Bemühen der CSU um das  
„Republikaner“-Potential in  
Bayern: Keine Zustimmung  
für Anti-Rassismus-Resolution.

Seite 6

41. Jahrgang / 203

23. Oktober 1986

### Die Nazihypothek der Justiz wird zum Mühlstein

Zur Einstellung der Ermittlungen gegen ehemalige Richter  
und Staatsanwälte des Volksgerichtshofes

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin hat die Ermittlungen gegen ehemalige Richter und Staatsanwälte des Volksgerichtshofes eingestellt. Mit dieser Entscheidung wird die schwere Hypothek, an der auch die Juristen für die Verbrechen der Nazi-Zeit zu tragen haben, zum Mühlstein.

Die fast 40jährige Geschichte der strafrechtlichen Ahndung von Verbrechen der Volksgerichtshofjuristen seit Gründung der Bundesrepublik ist beschämend und traurig. Kein einziger der 577 Richter und Staatsanwälte, die an den rund 7.000 Urteilen dieses NS-Mordinstruments mitgewirkt haben, wurde je zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: lange Zeit haben höchstrichterliche Entscheidungen dieses Mordinstruments als „ordentliches Gericht“ bezeichnet, haben NS-Juristen auch noch in der Bundesrepublik Dienst tun können. Fast 40 Jahre hat auch der Deutsche Bundestag gebraucht, bis er endlich den Unrechtsentscheidungen des Volksgerichtshofes jede Geltung absprach.

Wie ein Mühlstein wird es der Justiz auch künftig umhängen, daß sie von Juristen begangenes Nazi-Unrecht ungesühnt ließ. Wäre es wenigstens heute gelungen, einen dieser Täter seiner Strafe zuzuführen, es wäre als erster Versuch der Tilgung einer schweren Hypothek verstanden worden.

Mit der Einstellung der Ermittlungen, die bis jetzt noch zentral von Berlin aus geführt worden sind, ist die letzten Chance eines befreienden Urteils vertan.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with 40% recycled paper



Sicher, dieses Ergebnis haben nicht allein die drei Berliner Staatsanwälte zu vertreten, die zuletzt mit den Ermittlungen befaßt waren. Schwere Versäumnisse schon unter der Ära Adenauer hatten zur Folge, daß die Aufklärung von Verbrechen von Jahr zu Jahr schwerer wurde. Ein schweres Handicap für die Ermittler war zudem die Entscheidung des Bundesgerichtshofes im Falle des Volksgerichtshofsrichters Rehse, ein Berufsrichter müsse selber des Mordes überführt werden, eine Gehilfenstellung reiche zur Verurteilung nicht aus. „Unglücklich“ nannte es jetzt der Berliner Justizsenator Ruprecht Scholz, daß nach diesem Urteil des Bundesgerichtshofes die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen von 1971 bis 1979 praktisch ruhten und diese Unterbrechung die spätere Fortführung der Ermittlungen noch schwerer machten.

Die objektiven Schwierigkeiten heute sind sicher nicht zu unterschätzen. Sie waren für Scholz offenbar der ausschlaggebende Grund für seinen Entschluß, die Ermittlungen einzustellen. Aus seinen Erklärungen ergibt sich leider nicht, wie er dagegen den bleibenden Schaden für die Justiz und unsere Rechtskultur abgewogen hat.

Die Justiz wird jetzt damit leben müssen,

- daß es dem Rechtsempfinden der Bevölkerung widerspricht, NS-Unrecht von KZ-Aufsehern zu ahnden und Juristenverbrechen ungesühnt zu lassen,
- daß die Justiz das Vertrauen der Bürger, sie könne Recht ohne Ansehen der Person gerade bei den Verfahren sprechen, die die Justiz selbst betreffen, nicht erwerben konnte.

Es wird eine lange Zeit und große Anstrengungen kosten, diesen Schaden für unsere Demokratie zu mindern.

(-/23.10.1986/va/rs)



5 Thesen zu Gleneagles

Die Nato sollte die Konsequenzen aus ihrer eigenen Strategie ziehen

Von Horst Jungmann MdB  
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

1. Drei Jahre hat es gedauert, bis die NATO nach der Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa eine Strategie beschließt, die diesen Waffen eine militärische Rolle zuweist. Besser läßt sich nicht dokumentieren, daß Nachrüstung nicht aus einer militärischen Notwendigkeit, sondern aus politischen Überlegungen heraus beschlossen wurde.
2. Die Begründung für die Notwendigkeit der Änderung der Strategie ist nicht ohne Widersprüche. Schon tönt es aus der Umgebung von Verteidigungsminister Wörner, die NATO brauche jetzt die INF zur Durchsetzung ihrer Strategie. Anderenfalls entstünden „Lücken im Eskalationsspektrum“. Damit unterläuft Wörner die offizielle amerikanische Verhandlungslinie für die INF-Verhandlungen, die die völlige Abschaffung dieser Systeme vorsieht. Es stellt sich die Frage, ob das Angebot zur Nulllösung überhaupt ernst gemeint war. Einmal mehr übernimmt es die Bundesregierung, die Glaubwürdigkeit der westlichen Verhandlungsposition zu unterminieren und für die Genfer Verhandlungen zusätzliche Hürden aufzustellen.
3. Wer von „Lücken im Eskalationsspektrum“ spricht, dokumentiert lediglich, daß er über die Rolle von Nuklearwaffen und ihre Einsatzmodalitäten nie ernsthaft nachgedacht hat. Denn eine nukleare Kriegsführungsstrategie über einzelne Eskalationsstufen kann es wegen der mangelnden Kontrollierbarkeit des Einsatzes nuklearer Waffen gar nicht geben. Sie wäre auch in jedem Fall gegen die Interessen Europas und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Die SPD hat daher immer wieder die Planung nuklearer Kriegsführungszenarien abgelehnt. Die Forderung nach Schließung von Lücken im Eskalationsspektrum ist also lediglich ein alter Trick, um die Rüstungsspirale in Gang zu halten.
4. Die NATO plant jetzt auch den Ersteinsatz nuklearer Waffen auf dem Territorium der Sowjetunion. Offensichtlich standen dem die bisher gültigen Richtlinien entgegen. Uns interessiert die Antwort auf die Frage, warum die NATO ihre Meinung ändert. Will sie auf diese Weise die nukleare Schwelle anheben?

Aber dann muß die NATO auch die Konsequenzen ziehen und die zahllosen Nuklearwaffen kurzer Reichweite verschrotten. Ihre Notwendigkeit war bereits in der Vergangenheit umstritten und ist nun durch die Beschlüsse der NATO völlig überholt. Oder will sich die NATO weiterhin die Option eines Einsatzes taktischer Nuklearwaffen vorbehalten? Dann würde die Aufstellung der Mittelstreckensysteme noch weniger einen Sinn machen, denn sie wären in einem solchen Szenario die ersten Ziele eines Gegenschlages der Sowjetunion. Nuklearsysteme mit strategischer Qualität, die zudem beweglich sind, haben in Bevölkerungszentren nichts verloren. Das wissen auch die USA. Deshalb ist ihr Projekt einer beweglichen Interkontinentalrakete in den USA so umstritten. Und deshalb haben die USA ihre strategischen Raketen fern von Bevölkerungszentren und auf See stationiert.

5. Für die Aufstellung von Pershing II und Cruise-Missile-Raketen gibt es keinerlei militärische Rechtfertigung. Die NATO sollte endlich die Konsequenzen aus ihrer eigenen Strategie ziehen und die Zahl der Nuklearwaffen in Europa drastisch reduzieren. Im Lichte der Entscheidungen von Gleneagles wirkt die Weigerung von Präsident Reagan in Reykjavik, auf die Abrüstungsvorschläge von Generalsekretär Gorbatschow einzugehen, noch unverständlicher.

(-/23.10.1986/vo-he/rs)

Unterwanderung durch eine ehrenwerte Gesellschaft

Ein Blick auf die Berliner Regierungskoalition

Von Prof. Dr. Nils Diederich MdB  
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der Berliner SPD

Mitleid rührt sich in Berlin angesichts des - ansonsten cleveren und mit allen Wassern gewaschenen - Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dankward Buwitt, der vor drei Jahren in seinem Haus eine Heizung installieren ließ, die seither angeblich nie funktionierte. Er hat sie deshalb nie bezahlt, und sein Baubetreuer, zufällig einer der Berliner Baujobber namens Heinz Ruths, steht im Verdacht, daß er die Rechnung über circa 30.000 DM bei einem anderen öffentlich geförderten Bauvorhaben hat unterbringen lassen. Schriftwechsel gab es nicht - weder einen Kostenvorschlag noch eine Pauschalrechnung, weder Mängelrügen noch eine detaillierte Abrechnung - jedenfalls nicht bei Herrn Buwitt und nicht bis vor wenigen Wochen.

In diesen Kreisen erledigt man offenbar alles mündlich. Man hat ja sowieso häufig miteinander zu tun und enge Vertrauensverhältnisse bedürfen eben nicht der Schriftform: Herr Buwitt sitzt im Verwaltungsrat der senatseigenen Wohnungsbaukreditanstalt, bei der Baulöwe Ruths, gegen den nebenbei staatsanwaltliche Ermittlungen wegen Subventionsbetruges laufen, nun wirklich häufig vorsprechen muß, denn schließlich fördert die WBK seine Projekte (deshalb war es vielleicht auch am einfachsten, Buwitts Heizung unbürokratisch bei einem derselben abzurechnen).

Nun soll der Ehrenrat des Berliner Abgeordnetenhauses entscheiden, ob dieser unbürokratische Umgang miteinander und die wechselseitige Hilfsbereitschaft etwa ehrenrührig war - ein rührendes Schauspiel. Herr Buwitt läßt inzwischen seinen Vorsitz in der CDU-Fraktion und im Hauptausschuß (Haushaltsausschuß) des Berliner Abgeordnetenhauses ruhen, obwohl aus den Mahnungen des Regierenden Bürgermeisters Diepgen, Politiker in herausgehobener Position hätten bei der Erledigung ihrer persönlichen Angelegenheiten eine außergewöhnliche Sorgfalt an den Tag zu legen, die inständige Bitte klingt, daß sich Herr Buwitt zurückziehen möge.

Die Mehrheit der CDU-Fraktion hält am liebsten weiter an Buwitt fest. Das jedenfalls ergab eine Umfrage des Senders Freies Berlin von Abgeordneten der Berliner CDU-Fraktion, für die der SFB denn auch gleich der „Abgeordnetenbeeinflussung“ beschuldigt wurde.



Die Sorgen des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen sind allerdings verständlich. 18 Monate ist die Legislaturperiode alt und schon sind mehrere Senatoren - Franke (Bau), Vetter (FDP, Umwelt) und Lummer (der als Trostpreis mit einer Fahrkarte in den Bundestag ausgestattet wurde), der Staatssekretär Schackow und zwei Baustadträte - Antes und Herrmann - wegen Vorwürfen, wegen Bestechung, Begünstigung und Vorteilnahme abgetreten. Gegen den Tiergartener Bezirksbürgermeister Quell ermittelt die Staatsanwaltschaft erneut.

Er hat von dem Berliner Baubetreuer Franke 80.000 DM erhalten und sich in der gleichen Zeit dafür eingesetzt, daß Franke ein Schlüsselgrundstück in der Berliner City aus dem Fundus des Berliner Senats erhielt.

Was sich in Berlin offenbart, ist die Unterwanderung der politischen Führungsebene durch eine ehrenwerte Gesellschaft, deren oberstes Prinzip heißt: „Bereichert Euch!“ Immerhin ist die enge Symbiose aus Wirtschaft und Politik in dieser Reglerungscoalition angelegt, ist doch die FDP nur durch die tatkräftige Hilfe aus der Bauwirtschaft ins Abgeordnetenhaus gelangt. Die Initiative eines Herrn Marx, der erst mit Hilfe der Haus- und Grundbesitzervereine Mehrheiten in der FDP kippte und dann deren Wahlkampf finanzierte, ist noch in guter Erinnerung. Besorgt meint das Handelsblatt: „Viel darf freilich nicht mehr hinzukommen“ (22.10.1986).

Herrn Diepgen ist inzwischen offenkundig recht mulmig, immerhin haben seine diversen Appelle („Wer sich bereichert, fliegt“) nichts genutzt, ja er wurde für seine Distanzierung von Buwitt unüberhörbar aus der eigenen CDU-Fraktion gerügt. Auch der starke Mann der Berliner CDU, Rüdiger Landowski (stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion, Direktor bei Wohnungsbaukredit-Anstalt und Pfandbriefanstalt), stellt sich eher gegen Diepgen. Die Stahlhelmer in der Berliner CDU, die immer noch lieber Frau Laurien als Herrn Diepgen an der Spitze sähen, ziehen offenbar die Kinnriemen fest.

Es wird langsam Zeit, daß die Berliner SPD glaubwürdige Alternativen anbietet - personelle und politische.

(-/23.10.1986/vd/rs)



Singt die CSU jetzt „Wir sind dabei“?

Die Strauß-Partei buhlt um die Zustimmung des „Republikaner“-Potentials

Von Fridolin Scheuble  
Sprecher der bayerischen SPD

Die drei Prozent der „Republikaner“ mahnen zu erhöhter Wachsamkeit, bringen jedoch für sich genommen das demokratische Gefüge nicht ins Wanken. Gefährlich wird es, wenn die 55,8-Prozent-Partei der Drei-Prozent-Partei hinterherläuft und sozusagen mit dem Lied „Wir sind dabei“ in den „Ich war dabei“-Chor des Franz Schönhuber einstimmt. Fünf Tage nach der Landtagswahl, in der Bundesratssitzung am vergangenen Freitag, hat die CSU ein deutliches Signal dafür gegeben, daß sie den „Republikanern“ das rechtsreaktionäre Terrain streitig zu machen gedenkt. Während die Vertreter von CDU, SPD und FDP sich in der Länderkammer der Erklärung des Europa-Parlaments gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit anschlossen, verweigerten die bayerischen CSU-Vertreter ihre Zustimmung.

Man muß das zweimal lesen: Die bayerische CSU-Staatsregierung weigert sich, einer Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zuzustimmen, in der einer Ausgrenzung und Diskriminierung von Ausländern eine Absage erteilt und eine Unterrichtung und Sensibilisierung aller Bürger angesichts der Gefahren des Rassismus gefordert wird. Die Begründung des Münchner Bundesratsministers Peter Schmidhuber für das bayerische CSU-Nein, die Erklärung verharmlose und verdränge das Asylantenproblem, gibt Anlaß zu ernster Sorge. Wird demnächst jeder, der gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eintritt, von der CSU als Befürworter einer „Überfremdung“ Deutschlands gebrandmarkt? Sollen die Verteidiger des Grundrechts auf Asyl zu Vaterlandsverrätern gestempelt werden?

Daß die CSU ihr Buhlen um die Rechten nach dieser Landtagswahl zu intensivieren gedenkt, dafür spricht die Tatsache, daß die CSU-Vertreter im Europa-Parlament sich bei der Verabschiedung der Erklärung im vergangenen September wenigstens noch der Stimme enthielten - mit Ausnahme des Otto von Habsburg. Nun ist die CSU auf der Habsburger Hardliner-Linie.

Auch andere Äußerungen aus dem CSU-Lager seit der Wahl deuten klar auf eine neue Rechtsorientierung hin. So haben, laut „Spiegel“, der CSU-Landtagsabgeordnete Sieghard Rost und der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel an der Weizsäcker-Rede von Mai 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes herumgenörgelt, weil sie „Selbstanklagen“ enthalte. So soll Minister Schmidhuber die Verleihung des Friedensnobelpreises an den jüdischen Schriftsteller Elie Wiesel kritisiert haben, weil dieser das Reagan-Kohl-Treffen auf dem Soldatenfriedhof Bitburg verurteilt hatte.

(-/23.10.1986/vo/rs)

\* \* \*